

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

2.10.1928 (No. 230)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe, Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Meis, Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 2.25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerverbreitung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche. Falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umlage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Konularische Vertretung Boliviens

Der bolivianische Konsul Franz Kusch in Stuttgart ist bis zur Befugung des bolivianischen Konsulats in Mannheim zur Ausübung konularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Die Besprechungen über Genf

Die heutige Länderkonferenz

M. Berlin, 2. Okt. (Priv.-Tel.) Die heute in Berlin im Reichskanzlerpalais zusammengetretene Konferenz der Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder ist vormittags 11 Uhr eröffnet worden. Sämtliche Ministerpräsidenten sind erschienen, für Baden Staatspräsident Dr. Remmele. Vom Reichskabinett sind anwesend der Reichskanzler und die Minister Curtius, von Guérard, Hilferding, Groener, Koch, Severing und Schäfer, ferner Staatssekretär von Schubert mit den Herren der deutschen amtlichen Abordnung in Genf. Voraussichtlich wird ein Kommuniqué über die Sitzung noch im Laufe des heutigen Tages ausgegeben werden.

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts

Über die am Montag stattgefundene Sitzung des Reichskabinetts wird folgendes Kommuniqué ausgegeben: In der Sitzung gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichskanzler des Geburtstages des Reichspräsidenten, dem er die herzlichsten Glückwünsche der Reichsregierung übermittelte. Das Kabinett nahm alsdann den Bericht des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes v. Schubert über die Arbeiten der Völkerbundversammlung und des Völkerbundsrats in der Zeit nach der Abreise des Reichskanzlers nach Genf entgegen. Ferner beschloß das Reichskabinett die Ernennung des Nachfolgers im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat für den ausgeschiedenen Reichsfinanzminister Dr. Hilferding in der Person des Leiters der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, des früheren Redakteurs des Handelsblattes der „Frankfurter Zeitung“, Kaphtski. Des weiteren wurde als Termin für die Tagung des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform die Zeit vom 22. bis 24. Oktober festgesetzt.

v. Rheinbaben über die deutsch-französischen Beziehungen

M. Berlin, 2. Okt. (Priv.-Tel.) Der volksparteiliche Abgeordnete und frühere Staatssekretär von Rheinbaben, der auch Mitglied der deutschen Delegation in Genf war, gewählte — wie aus Paris gemeldet wird — dem Vertreter des „Excellior“ ein ausführliches Interview über die deutsch-französischen Beziehungen, wenn auch Monate vergehen würden, bis der Sachverständigenplan ausgereift sei, so glaube er doch an einen optimistischen Ausgang rechnen zu können. Eine Überwachung der Rheinlandzone sei bis 1935 tragbar, darüber hinaus nicht. Diese Ausführungen sind deshalb bemerkenswert, weil nach Angriffen der „Frankfurter Zeitung“ auf Rheinbaben die Auffassung herrschte, daß er Politik innerhalb der Deutschen Volkspartei im Gegensatz zu Stresemann treibe.

Die politischen Zusammenstöße bei Hamburg

Die schweren Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Geesthacht bei Hamburg haben in der Stadt große Erregung verursacht. Am Montag kam es im Hamburger Hafen, wo die streikenden Werftarbeiter debattierend zusammenstanden, zu einem blutigen Zwischenfall. Ein Reichsbannermann, der Flugblätter verteilte, wurde von Rotfrontkämpfern überfallen und durch Schläge auf den Kopf zu Boden gestreckt. Er mußte schwer verwundet abtransportiert werden. Die Zahl der bei dem blutigen Wahlkampf in Geesthacht schwerverletzten Personen beträgt 16 und die Zahl der Leichtverletzten etwa 80. Ein Beschluß über den nächsten Wahltermin ist noch nicht gefaßt, doch dürfte die Wahl am kommenden oder übernächsten Sonntag stattfinden.

Nachdem in Hamburg erst kürzlich mehrere Kommunistenführer wegen Unterschlagungen und anderen Unregelmäßigkeiten aus der Partei entlassen worden waren, hat nun auch Bremen seinen Kommunistenstempel bekommen. Der bisherige Sekretär der kommunistischen Partei in Bremen, Herrmann Osterloh, ist auf einstimmigen Beschluß der Bezirksleitung wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen worden. Auch Osterloh soll nach einer Meldung der „Voss. Zig.“ Unterschlagungen von Parteigeldern begangen haben.

Die Sicherheitsverhältnisse bei der Reichsbahn. Reichsverkehrsminister von Guérard hat laut „Germania“ den Ausschussbericht über die Sicherheitsverhältnisse bei der Reichsbahn der Reichsbahngesellschaft mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet. Wenn diese vorliegt, wird der parlamentarische Ausschuss wieder zusammentreten, um sich mit den Darlegungen der Reichsbahngesellschaft zu befassen.

Mit der Beilage: Amtliche Gewinnliste der 5. Geldlotterie zur Wiederherstellung des Freiburger Münsters

Letzte Nachrichten

Bindenburgs Geburtstag

W.D. Berlin, 2. Okt. (Tel.) Der Reichspräsident von Hindenburg, der bereits vor einigen Tagen Berlin in Begleitung seines Sohnes verlassen hat, verlebte seinen 81. Geburtstag im Kreise seiner Kinder und Enkelkinder in aller Stille in seinem Jagdhause in der Nähe von Berlin.

Um die Kommunalwahlen in Preußen

W.D. Berlin, 2. Okt. (Tel.) Wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. hört, sind in den letzten Tagen bei der Beratung des bekannten preußischen Gesetzentwurfes über die Zusammenlegung der Kommunalwahlen so große Schwierigkeiten bei einigen Regierungsparteien entstanden, daß es fraglich erscheint, ob der vom Staatsministerium gewünschte Wahltermin des 2. Dezember eingehalten werden kann. Heute nachmittags um 1 Uhr tritt der interfraktionelle Ausschuss im Landtag zusammen, um darüber zu beschließen, ob die Kommunalwahlen aus tatsächlichen Erwägungen hinausgeschoben werden sollen. Wird entsprechendes beschlossen, so hat der Landtag nur kleine Vorlagen zu erledigen und dürfte nur wenige Plenarsitzungen abhalten. Allerdings müßte das Haus, wenn auch die Wahlen zu den Gemeindevertretungen hinausgeschoben werden sollten, ein entsprechendes neues Gesetz beschließen, weil nach den bestehenden Bestimmungen dieser Teil der Kommunalwahlen bis spätestens 31. Dezember erledigt sein muß. Das neue Gesetz müßte raschstens kommen, damit die Wahlfristen für die Auslegung der Listen usw. eingehalten werden können.

Wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. weiter hört, hat das Zentrum in seiner heute mittags abgehaltenen Fraktions-sitzung beschlossen, auf jeden Fall gegen die Zusammenlegung aller Kommunalwahlen auf einen Wahltag zu protestieren. Über die Vornahme der Wahlen zu den Gemeindevertretungen am 2. Dezember ist die Fraktion geteilter Meinung. Durch diese Stellungnahme wird jedenfalls die ohnehin komplizierte Lage des kommunalen Wahlgesehes weiterhin außerordentlich erschwert.

Wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. hört, ist es hier noch nicht abzusehen, ob und wann in Preußen offizielle Verhandlungen über die Erweiterung der Regierungskoalition durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei geführt werden. Gegenüber der Auffassung, daß Ministerpräsident Braun auf die Führung solcher Verhandlungen im März seinerzeit verzichtet habe, wird in den der Regierung nahestehenden Kreisen erklärt, daß Braun damals vor einer Regierungserweiterung „zu gegebener Zeit“ sprach. Freilich ist zweifellos, daß auch praktische Erwägungen in dieser Frage eine erhebliche Rolle spielen, müßte doch naturgemäß, um für die Volkspartei Platz zu machen, eine der jetzigen Regierungsparteien mindestens auf einen Ministerposten verzichten.

Amerika zur Rede Poincarés

W.D. Washington, 1. Okt. (Tel.) Zur gestrigen Rede Poincarés wurde auf Anfrage von dem Schakamt erklärt, Poincarés Ansicht, daß ein Zusammenhang zwischen den Schulden der Alliierten und den Reparationen bestehe, beziehe sich offenbar nur auf die innereuropäische Behandlung dieser Fragen. Soweit amerikanische Interessen in Betracht kämen, scheint, wie wiederholt deutlich betont worden sei, ein derartiger Zusammenhang nicht vorhanden zu sein.

Eine Verhöhnung gegen König Zogu

W.D. Paris, 2. Okt. (Tel.) Die Blätter berichten aus Belgrad, daß einem Telegramm der „Politika“ aus Durazzo zufolge ein Komplott gegen König Zogu entdeckt und daraufhin in Albanien das Standrecht verhängt worden sei. 11 Verhöhnung sollen verurteilt und kurzerhand hingerichtet worden sein.

Die Reichsregierung und die Vollstreckung von Todesurteilen

In der Presse befinden sich Angriffe gegen ein Schreiben, das der Reichsminister der Justiz an die Landesregierungen gerichtet hat, und das sich mit der Vollstreckung von Todesurteilen beschäftigt. Hierzu wird gemeldet: Der Reichskanzler hat am 3. Juli d. J. in der Erklärung der Reichsregierung im Reichstag zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung bei den Länderregierungen anregen werde, bis zur gesetzgeberischen Entscheidung über die Frage der Befreiung der Todesstrafe das Begnadigungsrecht gegenüber Todesurteilen anzuwenden. Diese Stellungnahme der Regierung hat der Reichsjustizminister am 10. Juli zur Kenntnis der Regierungen gebracht. Das Schreiben des Reichsjustizministers ist keineswegs, wie in einem rechtsstehenden Blatt gesagt wird, ein Vorstoß gegen die Justizhoheit der Länder. Es hatte lediglich den Zweck, in Ausführung der erwähnten Erklärung bei Ausübung des ihm zustehenden Gnadenrechts den möglichen Wegfall der Todesstrafe im neuen Strafgesetzbuch zu berücksichtigen.

Ein Erlass des Chefs der Heeresleitung. Der Chef der Heeresleitung, General Dene, hat in einem Erlass aus Anlaß des Abchlusses der Reichswehrmänner den Führern und der Truppe seinen Dank und Anerkennung für die vollbrachten Leistungen ausgesprochen.

* Frankreichs Verhandlungsbereitschaft

Ein Teil der deutschen Presse, und zwar nicht nur die nationalistische Presse, fährt leider fort, das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland mit einer Aufgeregtheit zu diskutieren, die, vom Standpunkt unserer außenpolitischen Interessen aus gesehen, gewiß nicht förderlich ist. Noch dieser Tage hat das zu der Völkerbundstagung nach Genf entsandte Redaktionsmitglied der „Frankfurter Zeitung“ unter der Überschrift „Stop“ (= „Halte ein“) in seinem Blatt einen Artikel veröffentlicht, in welchem er dieselbe Meinung vertritt, die wir schon vor 14 Tagen geäußert haben, nämlich, daß in Deutschland vielfach eine ganz falsche Beurteilung des Genfer Ergebnisses obwalte, eine falsche Beurteilung, die vor allem darin besteht, daß man so tut, als ob man von dieser Tagung die Erfüllung aller Wünsche erwartet hätte und nun nach dem nicht voll befriedigenden Ergebnis das Recht zu einer ausschweifenden Enttäuschung habe.

In dem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ wird darauf hingewiesen, daß man von vornherein gewußt habe, ein langer Kampf werde entbrennen müssen, sowie wir offiziell mit unseren Forderungen herausrückten, und in diesem Kampf könne die Genfer Tagung lediglich der erste Kampfschritt sein. In dem Verhalten unserer Gegner habe sich an und für sich trotz der polemischen Entgleisung in Briand's Rede nichts geändert. Einen verlässlichen Frieden zwischen Deutschland und Frankreich herzustellen, sei und bleibe das Ziel Briand's. Ferner hätten wir im voraus gewußt, daß Frankreich in dem Moment, in welchem wir die vorzeitige Räumung fordern, gewisse Gegenforderungen stellen werde. Wenn der Völkerbund in der Abrüstungsangelegenheit versagt habe, so sei das nicht Frankreichs wegen geschehen, sondern wegen der gegenwärtigen internationalen Verhältnisse schlechthin. Man dürfe nicht deshalb auf die Locarnopolitik verzichten, weil wir mit einer auf Grund von Locarno erhobenen Forderung nicht sofort durchgedrungen seien. Heute seien die Franzosen jedenfalls bereit, mit uns ein Geschäft zu machen. Vor einigen Jahren noch, zur Zeit von Thoiry, seien sie noch längst nicht so weit gewesen.

Nach alledem hält es der Artikelschreiber für notwendig, daß sich die deutsche Öffentlichkeit zu einer objektiveren Betrachtung zwingen. „Deutschland steht unmittelbar vor Verhandlungen, wie sie schwieriger bisher viel-fach vor nicht gewesen sind. In diese aber in einem Zustand der Gemütsregung hineinzutreten, einer Gemütsregung, die ein klares Sehen verhindert, wäre verberblich. Die Meinungsströme der deutschen Öffentlichkeit befinden sich in einem wirren Durcheinander. Es scheint nötig, das Zeichen „Stop!“ zu geben.“

Diese Auslassung der „Frankfurter Zeitung“ ist beachtenswert. Und zwar auch dann, wenn sie in dem Bestreben nach gerechter Beurteilung der Gegenseite vielleicht etwas zu weit geht. Neben den an sich gewiß nicht entmutigenden Reden und Äußerungen der führenden französischen Staatsmänner laufen eben leider Handlungen einher, die gewiß nicht geeignet sind, die Verständigungspolitik zu fördern. Wir wollen hier nur an das merkwürdige Abkommen zwischen England und Frankreich und an die neuen Rüstungsausgaben Frankreichs erinnern, Rüstungsausgaben, die vor allem der weiteren Befestigung der Ostgrenze dienen.

Aber dennoch wäre es töricht, wenn wir durch Verärgerung und schlechte Laune eine Entwicklung behindern würden, die uns wahrscheinlich doch in absehbarer Zeit die erhofften Erfolge eintragen wird. Und unter keinen Umständen dürften wir auch für den Fall, daß sich alle schönen Reden der Franzosen als Bluff erweisen sollten, ihnen den billigen Vorwand liefern, daß die öffentliche Meinung in Deutschland selbst durch ihre kritische und ablehnende Haltung die Verständigungspolitik geschädigt habe.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß schon in aller-nächster Zeit verhandelt werden wird. Und auch Poincaré hat am Sonntag in einer neuen Denkmalsentwü-rlungsrede erklärt, Frankreich werde ohne jeden Hinter-gedanken, die Verhandlungen etwa in die Länge zu zie-hen, oder zum Scheitern zu bringen, an die gemeinsamen Besprechungen herantreten. Frankreich werde vielmehr die Besprechungen so früh wie möglich beginnen und mit

aller Bereitwilligkeit und mit allem Vertrauen auf ein gutes Endergebnis fortsetzen. Was das Reparationsproblem betrifft, so müsse bei den Verhandlungen nach Poincaré's Ansicht die Reparationssumme endgültig so bemessen werden, daß Frankreich seine eigenen Schulden an Amerika und England bezahlen kann, und dann noch eine bestimmte Entschädigung für die Kriegsschäden in Frankreich übrig bleibt.

Gewiß hat Poincaré auch in dieser Rede, ohne allerdings Deutschland beim Namen zu nennen, von der Möglichkeit eines deutschen Angriffs gesprochen, und mit dieser Möglichkeit die französischen Ausgaben für Rüstungszwecke zu begründen versucht. Er hat offenbar ganz vergessen, daß neulich in Paris ein Antikriegspakt unterzeichnet wurde, und daß auch sonst noch allerlei Verträge bestehen, die so zwingend sind, daß sie einen deutschen Angriff von vornherein zur Unmöglichkeit stempeln. Aber wie sehr unterscheidet sich doch — abgesehen von solchen Gewaltthaten der Logik — Inhalt und Ton dieser Rede Poincaré's von den Reden, die wir früher bei ihm gewöhnt waren! Es wäre unhöflich und unklug, den Ernst der Worte Poincaré's bezweifeln zu wollen. Solange er selbst uns nicht das Gegenteil beweisen hat, müssen wir seiner Versicherung Glauben schenken, daß Frankreich mit redlichem Willen in die Verhandlungen mit uns eintreten wird. Diese Verhandlungen werden sehr schwierig sein. Die deutsche Öffentlichkeit sollte das begreifen und ihren Gang nicht durch aufgeregte Kommentare stören.

Bayern und die Rede Severings in Hamburg

Auf dem Reichstagsstag hat Reichsminister Severing angedeutet, daß seine auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress ausgesprochene Befürwortung eines Reichskulturministeriums beinahe zu diplomatischen Verhandlungen geführt hätte. Das „L.“ glaubt zu wissen, daß es sich dabei um einen Protest der bayerischen Regierung gegen ein Reichskulturministerium handelt. In einem Schreiben an die Reichsregierung hätte die bayerische Regierung Verwahrung eingelegt, daß der Reichsminister mit seiner Hamburger Rede verfassungsmäßige Belange der Bundesregierung mißachtet habe. Man darf, so schließt das Blatt, die Hoffnung ausdrücken, daß damit die Angelegenheit erledigt ist.

Verhandlungen über das Flottenprogramm

Wie aus London verlautet, hat sowohl die britische, als auch die französische Regierung der amerikanischen Regierung zu ihrer Information alle Dokumente unterbreitet, die mit den englisch-französischen Flottenverträgen zusammenhängen. „Daily Telegraph“ meldet aus Paris, es handle sich bei den Dokumenten nur um eine Anzahl kurzer Denkschriften, von denen die wichtigste das Marineproblem betreffe. Dieses sei Anfang August von der französischen und der britischen Regierung nach Washington übermittelt worden. Später, möglicherweise in der zweiten Augusthälfte, seien dann auf eine direkte Anfrage des Staatsdepartements hin weitere Informationen gegeben worden, diesmal über die Freigabe des bisherigen englischen Standpunktes in der Frage der ausgebildeten Reserve bei der Berechnung der militärischen Stärke Frankreichs.

Kampf zwischen englischen Truppen und chinesischen Extremisten. Wie die Agentur Anglo Pacific aus Tokio berichtet, veruchten die chinesischen Extremisten sich mit Gewalt der Lokomotiven und der Kohlentransportwagen von Kaiping und Langchow zu bemächtigen, um Truppen zu transportieren, bevor noch die hierüber beabsichtigten Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt hätten. Die englischen Wachtposten griffen ein und es kam zu einem mehrstündigen Kampf, bei dem ein Engländer getötet und einer schwer verletzt wurde.

Vincent-van-Gogh-Ausstellung

Die Badische Kunsthalle Karlsruhe, die es stets als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet hat, eine Sammelstelle künstlerischen Lebens zu sein, beabsichtigt, um dieser Aufgabe noch in höherem Maße gerecht zu werden, Kunstwerke und ganze Sammlungen alter, neuer und neuerer Meister, die sich nicht in ihrem Besitz befinden, zur Ausstellung zu bringen, und sie so dem großen Kreis badischer Kunstfreunde zugänglich zu machen. So ist es ihr gelungen, 150 Werke des vielumstrittenen holländischen Malers van Gogh in der Kunsthalle auszustellen.

Diese Sammlung wurde Sonntag vormittag mit einem feierlichen Akt eröffnet, zu dem Staatspräsident Dr. Nemme, Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, prominente Persönlichkeiten der Kunstlerchaft, Wissenschaft, von Handel und Industrie usw. erschienen waren.

Unterrichtsminister Dr. Leers

führte aus:

Wenn ich mir die Ehre gegeben habe, zur Eröffnung der Vincent-van-Gogh-Ausstellung einen weiteren Kreis in die Kunsthalle einzuladen, so tat ich dies in der Ueberzeugung, daß die Zahl bedeutender Persönlichkeiten, die einem durch die Kunsthalle geförderten Kunstleben warme innere Teilnahme entgegenbringen, viel größer ist, als man bei nur oberflächlicher Betrachtung vielleicht annehmen mag. Ich bin dabei freilich weit entfernt, zu meinen, es könne die Kunsthalle in Karlsruhe für sich allein berufen und fähig sein, die bildende Kunst in Baden zu fördern, Verständnis für sie und Liebe zu ihr zu wecken und zu verbreiten. Es entspricht der Bevölkerungsgruppierung in unserem Land und wertvollem Herkommen, daß die Pflege der bildenden Kunst wie die manigfache anderer kultureller Güter in einer Reihe von hiesigen Städten seßhaft ist und sich der Kunst ihrer Bürger erfreut. Das könnte als ein Mangel angesehen werden, wenn man die unverkennbaren Vorteile bedenkt, die anderwärts stärkere Zusammenfassung zeitigt; wir brauchen aber diese Zustände in unserem Lande — ganz abgesehen davon, daß sie im wesentlichen unabänderlich sind — nicht als Schwäche zu empfinden, weil die Vielgestaltigkeit und die Regsamkeit in mehreren Städten stärkeres Leben und Befruchtung eines weiteren Kreises verbürgt. Wettbewerb bedeutet in diesem Falle nicht Fehde, sondern Kampfgemeinschaft mit dem gleichen Ziel, ohne daß das Arbeitsfeld des einzelnen von dem der anderen scharf abgegrenzt werden kann. Es könnte nicht zugegeben werden, daß die Kunsthalle Karlsruhe, so wertvoll ihr auch der Besitz an alter Kunst sein muß und wird, der Malerei neuerer Zeit gegenüber abnehmend sich verhalte. Im Erwerb von Kunstwerken neuerer und neuerer

Die große Deutschlandfahrt des „Graf Zeppelin“

Der Aufbruch in Friedrichshafen

W.D. Friedrichshafen, 2. Okt. (Tel.) Der „Graf Zeppelin“ ist heute früh 7.05 Uhr bei wundervollem Herbstwetter zu seiner großen Deutschlandfahrt aufgestiegen.

Es ist heute die eine große Probe zur Amerikafahrt. Mit Befahrung und Berflangehörigen nahmen etwa 70 Personen an der Fahrt teil, u. a. der amerikanische Kommander Rosenbahl von der „Los Angeles“, Ministerialrat Lotholz vom Reichsfinanzministerium, Ministerialrat Mübich-Sofmann als Vertreter des Reichsverkehrsministeriums und als Vertreter des Reichsrats Ministerialrat Badt. Reichsverkehrsminister v. Guérard kann wegen Arbeitsüberlastung an der Fahrt nicht teilnehmen. Ebenso hat Herr v. Kardorff abgejagt, doch nimmt seine Gemahlin mit Sohn an der Fahrt teil. Gegen Mittag soll das Luftschiff in Berlin eintreffen.

Ursprünglich wollte man Ostpreußen über Berlin noch bei Tageslicht erreichen. Die Übernachtung war über der Ostsee geplant. Dr. Scener will am Mittwoch noch abends vor Dunkelheit wieder in Friedrichshafen sein. Was die Amerikafahrt anlangt, so bleibt es auch gegenüber anders lautenden Nachrichten dabei, daß Dr. Scener unter allen Umständen, soweit wie möglich fahren will. Das Schiff wird Ende der Woche für die Amerikafahrt kargemacht und spätestens Anfang nächster Woche fahren, wenn die Wetterverhältnisse es irgendwie gestatten.

Das Luftschiff passierte 7.48 Uhr Urm. 8.30 Uhr Ottingen (bayr. Mittelranken) in Richtung auf Nürnberg.

Nürnberg

W.D. Nürnberg, 2. Okt. (Tel.) Um 9.08 Uhr näherte sich „Graf Zeppelin“, aus südwestlicher Richtung kommend, der Stadtmitte und fauchte in flotter Fahrt über Nürnbergs Bahngelände, die Hohenzollernburg. Die Begeisterung der Menschen ist ungeheuer. Ein Flugzeug vom Flughafen führt begleitet das stolze Schiff eine Strecke lang. Um 9.17 Uhr verließ „Graf Zeppelin“ den Boden der Nürnberger Bevölkerung im grauen Wolkenmeer. Der Kurs war auf Bayreuth gerichtet.

Als das Luftschiff sich Nürnberg näherte, startete ein Flugzeug mit Oberleutnant Cronius, dem Direktor der Nordbayerischen Verkehrsflug G. m. b. H., und ein zweites Flugzeug mit dem Führer Müller, um den „Graf Zeppelin“ zu begrüßen. Nördlich von Nürnberg gelang es den beiden Flugzeugen, das Luftschiff, das sich in flotter Fahrt vorwärtsbewegte, für kurze Zeit zu erreichen. Von den Flugzeugen aus konnten die Fahrgäste des „Graf Zeppelin“ sehr gut beobachtet werden. Zwischen den beiden Flugzeugen und dem „Graf Zeppelin“ fand eine Begrüßung durch Zuminuten statt.

W.D. Bamberg, 2. Okt. (Tel.) Um 10.02 Uhr erschien das Luftschiff „Graf Zeppelin“ über Bamberg, zog eine Schleiße und nahm sodann ganz überraschend Kurs nach Westen in Richtung Daffurt-Würzburg.

Wendung der Fahrtroute

W.D. Berlin, 2. Okt. (Tel.) Wie der an Bord des „Graf Zeppelin“ befindliche Berichterstatter des „Berliner Lokalanzeigers“, Wolf Brandt, mitteilt, beabsichtigt das Luftschiff, das, wie gemeldet, um 10.02 Uhr über Bamberg erschienen war, weiter über Würzburg nach Frankfurt a. M. zu fliegen und dort erst weitere Dispositionen zu treffen. Wegen des schlechten Wetters in Norddeutschland werde der „Graf Zeppelin“ vermutlich nicht nach Berlin kommen. — Eine spätere Meldung der Flugleitung besagt: „Wir nehmen den Weg von Frankfurt in der Richtung Amsterdam. Nachts über Norbbee und England, Mittwoch über Helgoland und Hamburg nach Berlin. Eine endgültige Entscheidung über diesen wahrscheinlichen Kurs wird später erfolgen.“

W.D. Aschaffenburg, 2. Okt. (Tel.) Nachdem der „Graf Zeppelin“ bei Bamberg eine scharfe Wendung nach Westen

gemacht und Würzburg passiert hatte, passierte er in rascher Fahrt Markttheisfeld am Main mit Kurs auf Aschaffenburg. Würzburg wurde um 11 Uhr passiert.

Frankfurt a. M.

W.D. Frankfurt a. M., 2. Okt. (Tel.) „Graf Zeppelin“ passierte um 12 Uhr Aschaffenburg in rascher Fahrt, um 12.17 Uhr erschien das Luftschiff über Hanau, um 12.25 Uhr über Offenbach, um 12.32 Uhr über Frankfurt a. M., und flog in der Richtung nach dem Rhein weiter. In Frankfurt begrüßte die ganze Bevölkerung auf Straßen und Dächern das Luftschiff.

W.D. Stuttgart, 2. Okt. (Tel.) Wir erfahren von der Funkstation der Werft in Friedrichshafen: Die Funkstation der Werft in Friedrichshafen hatte bis 11.05 Uhr einmal Verbindung mit dem Luftschiff, das 9.10 Uhr Nürnberg als seinen Standort angab und eine eventuelle Kursänderung in Aussicht stellte, da die Sichtverhältnisse auf der geplanten Route teilweise schlecht seien. Eine wahrscheinlich ältere Meldung besagt, daß das Schiff zunächst westlichen Kurs nehmen und dann Berlin ansteuern werde.

Das Reich und die Kriegsanleihschiebungen

Gegenüber den in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit wiederholt aufgetretenen Gerüchten, das Reich sei in großem Umfange um Hunderte von Millionen bei der Ummeldung von Anleihscheineintrag betrügerisch geschädigt worden, wird amtlich folgendes festgestellt:

Zum Umtausch kamen Anleihscheine im Betrage von 75 Milliarden Mark in Betracht. Als Altbesitz sind hiervon rund 3 1/2 Milliarden anerkannt worden, so daß Auslosungsrechte von nicht ganz einer Milliarde Mark gewährt worden sind, eine Summe, die sich auf etwa 4 1/2 Millionen Gläubiger bezieht. Bei dem Reichskommissar für die Ablösung des Reichsanleihscheineintrags sind von den Altbesitzmeldungen im Inlande etwa 7 Proz., im Auslande etwa 10 Proz. abgelehnt worden. Unter diesen abgelehnten Anträgen befinden sich auch diejenigen, bei denen Stimmes, Kuhnert, Bela Gros, Calmon, Rothmann, von Waldow usw. beteiligt sind und bezüglich deren das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft und dem Untersuchungsrichter beim Landgericht Berlin eingeführt wird. Nach den bisherigen Ermittlungen sind also dem Reich in jedem Falle keine Schäden entstanden. Es stehen vorläufig Fälle der Verdächtigen, aber nicht vollendeten Betruges zur Untersuchung.

In einigen mit den obigen nicht in Zusammenhang stehenden Fällen, bei denen Auslosungsrechte im Gesamtbetrage von rund 128 000 M. bereits gewährt waren, ist festgestellt worden, daß die Zuerkennung der Auslosungsrechte zu Unrecht erfolgt ist. Die Auslosungsrechte sind zurückgefordert und bereits zu einem großen Teil, z. B. in einem Falle im Betrage von 55 975 M. dem Reich zurückgegeben worden.

Anabhängig von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter findet bereits seit längerer Zeit eine Durchsicht von Akten statt, in denen sich Altbesitzmeldungen befinden oder aus besonderen Gründen eine Nachprüfung angezeigt erscheint. Für die systematische Behandlung dieser Arbeiten ist eine Kommission von Sachverständigen bestellt worden, die mit dem Zuteilungsverfahren bereits zu tun gehabt haben. Ergeben sich irgendwelche Spuren, die einen hinreichenden Anhalt für ein Strafverfahren bieten, so ist angeordnet, daß mit der Staatsanwaltschaft umgehend in Verbindung getreten wird.

Ein Disziplinarverfahren wegen Sparlassensverlusten. Im Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen Direktor der Kreis-Sparkasse Liebenwerda, Merres, der mit dem ehemaligen Landrat Vogl große für den Kreis Liebenwerda verlustreiche Finanzgeschäfte gemacht hatte, wofür die beiden Beamten zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt wurden, ist die Entscheidung des mit der Durchführung des Verfahrens beauftragten Kreisaußenbüros erfolgt. Sie lautet auf Entlassung unter Verlust aller Pensionsansprüche. Merres hat gegen den Urteilspruch Berufung eingelegt. Das Disziplinarverfahren gegen Vogl ist noch in der Schwebe.

Zeit sind freilich naturgemäß gewisse Grenzen einzuhalten, nicht nur aus materiellen, sondern auch aus ideellen Gründen. Die Kunsthalle in Karlsruhe darf und soll aber nicht zufrieden sein, ihren Besitz zu verwalten und zu vermehren, sie darf sich auch zugleich berufen fühlen, ebenso wie andere Sammelstätten bildender Kunst während kurzer Zeitspannen einem weiteren Kreis Kunstwerke zu zeigen, die anderwärts im Besitz von Kunstfreunden oder Sammlungen sich befinden und sonst schwer oder gar nicht zugänglich wären. Wird diese Aufgabe richtig gelöst, so wird keine Gefahr bestehen, daß etwa dem Kunstverein unliebsamer Wettbewerb entstehe, es wird vielmehr zusammen mit ihm auf verschiedenen Wegen Kunstfreunden und den bildenden Künstlern der Stadt und des Landes in hohem Maße gebietet werden.

Von der Ausstellung, die wir heute eröffnen, erwarte ich dies in ganz außerordentlicher Weise. Daß ich diese hohe Erwartung aussprechen darf, danken wir dem sehr gütigen Entgegenkommen der Besitzerin der Bilder, der Frau Konjul Krölller-Müller im Haag, der ich hiermit aufrichtigen Dank aussprechen möchte. Das eifrige Bemühen des Kunstreferenten und der Leitung der Kunsthalle, diese Ausstellung hierher zu bekommen, hätte aber nicht von Erfolg sein können, wenn es nicht die bereitwillige Unterstützung der Stadt und einer Reihe von Kunstfreunden gefunden hätte. Dafür zolle ich gern aufrichtigen Dank.

Die Aufnahme des Gedankens, diese Ausstellung zu unternehmen, durfte uns dieses Mal und darf uns in künftiger Arbeit ermutigen. Das Bewußtsein, die freundliche Zustimmung eines ansehnlichen Kreises von Kunstfreunden zu besitzen, ist Sporn und Lohn zugleich für die Arbeit der Kunsthalle. Möge die Ausstellung, die wir nun eröffnen, unserer Arbeit in weiten Kreisen Boden gewinnen — Boden, auf dem sich die Freunde an der Kunst zu frohem Blüten entfalten vermag.

Im Anschluß an die Ansprache des Ministers schloß

Hr. Dr. Fischel,

Auflos der Bad. Kunsthalle, die künstlerische Bedeutung der Ausstellung. Die Sammlung an Werken Vincent van Goghs ist ein Teil des Bildbesitzes von Frau Krölller im Haag, der neuerdings in staatlich holländisches Eigentum übergegangen ist. Mit rund 150 Werken des Künstlers ist sie vollständig genug, um die gesamte Entwicklung seines Schaffens innerhalb der knappen zehn Arbeitsjahre, die ihm zuzurechnen waren, zu repräsentieren. Drei Hauptepochen lassen sich unterscheiden. Eine erste große Gruppe von Zeichnungen und kleineren dunkelfarbenen Bildern stammt aus den ersten sechs Jahren seiner Entwicklung, in denen er noch mit der malerischen Technik ringt, sich aber gleichwohl durch die Intensität der darstellerischen Erfassung bereits stark von den Vorbildern seiner holländischen Umgebung unterscheidet. Die zweite Gruppe besteht

aus 17 Werken, die in Paris entstanden sind. Paris bedeutete für den Künstler, wie für so viele im 19. Jahrhundert und auch jetzt, das Aufblühen der reinen Malerei nach der gähnen Bemühung der Anfangsjahre. Noch bedeutsamer wurde für den Künstler der Aufenthalt in Arles, wo er den Höhepunkt seiner Entwicklung erreicht und seine persönliche Ausdrucksform zur vollen Entfaltung bringt. In Arles und St. Rémi hat van Gogh die vielen gleichmäßig starken Bilder geschaffen, die seinen Ruhm begründet haben. In ihrer bildhaften Erfassung ist Kraft und Ursprünglichkeit; die Technik ist gekennzeichnet durch die persönliche Art der Pinselführung, die als künstlerische Handschrift van Goghs sofort zu kennen ist. Gespannte Erregtheit erfüllt namentlich die spätesten Bilder.

Der gleichen Intensität, die van Goghs Genialität ausmacht und mit der er sich selbst vergehrt, verdankt er seine Stellung in der Geschichte der Kunst. Sie ist es im Grunde, die ihn, ohne daß er es wußte, von den von ihm so bewunderten französischen Impressionisten unterscheidet und entfernt. In seiner Leistung sehen wir das Phänomen der Uebersteigerung eines herrschenden Stils durch die Kraft einer Persönlichkeit; ähnlich wie an früheren Grenzpunkten der Kunstgeschichte, hat hier der drängende Ausdruckswille eines einzelnen seine Epoche mit sich gerissen. Eine andere unhistorische Betrachtungsweise, die eine unmittelbare Einstellung zu den ausgestellten Werken van Goghs sich zu erarbeiten sucht, rührt an das Geheimnis der künstlerischen Qualität. Zwar gibt es hier bestehende Uebereinkünfte über Wert und Inhalt in der Malerei, doch können wir die Frage nach den Bedingungen des Meisterwerks nur in die Betrachtung der Einzelqualitäten eines Bildes auflösen. Wir erkennen zwar die seltene Gesellichkeit einer Komposition nach Form, Farbe und Rhythmus, aber das tiefste künstlerische Geheiß, das wunderbare Zusammenfallen dieser Einzelqualitäten in ihrem Energiemittelpunkt, ist nicht zu errechnen: es ist nur dem Gefühl zugänglich.

Die Ausstellung bietet ein fast lückenloses Bild der künstlerischen Entwicklung des Malers. Sie zeigt zunächst die große Gruppe von Zeichnungen und kleinen dunkelfarbenen Bildern, mit dem Weisheit breit hingeworfen, doch von großer malerischer Technik, dann den Uebergang zum Mittel- der Farbe. Und schon hier zeigt sich die ausgesprochene Künstlerindividualität in der Technik, wie in der ganz eigenen malerischen Auffassung, und schließlich die letzten Offenbarungen seiner hohen Künstlerkraft, deren innere Erregtheit, leidenschaftliche Sprache den Beschauser fesselt.

Van Goghs Werke fanden von seinen Zeitgenossen scharfe Ablehnung und erst in den letzten Jahren wurde seine Bedeutung anerkannt. Der Maler starb im Alter von 37 Jahren durch eigene Hand im Irrenhaus.

Keine bayerischen Bemühungen in Stuttgart. Der bayerische Gesandte in Stuttgart, Dr. Fischer, teilt auf Anfrage mit, daß die in einem Artikel der „Neuen Badischen Landeszeitung“ in Mannheim enthaltenen Angaben, daß der bayerische Gesandte in Stuttgart im Auftrag des bayerischen Justizministers Günter bei der württembergischen und der badischen Regierung Schritte mit dem Ziele eines einheitlichen Vorgehens gegen die Verreichlichung der Justiz unternommen habe, soweit sie die bayerische Gesandtschaft betreffen, unrichtig sind. Der bayerische Gesandte in Stuttgart hat einen Auftrag der angegebenen Art nicht erhalten.

Kurze Nachrichten

Zusammentritt des Reichstags am 1. November? In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichstag am 1. November zu seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause zusammentreten wird.

Volkspartei und Stahlhelm. Im Reichstag hat am Montag zwischen Vertretern des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei und den beiden volksparteiähnlichen Fraktionen des Reichstages und des Landtages eine Besprechung stattgefunden, in der man sich mit der Stellungnahme zum Stahlhelm beschäftigte. Endgültige Entscheidungen in dieser Sache werden aber laut „Berl. Lokalanz.“ möglicherweise erst in der nächsten Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei zu erwarten sein.

Ausfälligkeiten der Hindenburg-Spende. Die dem Reichspräsidenten anlässlich seines 80. Geburtstages vom deutschen Volke dargebrachte Hindenburg-Spende hat satzungsgemäß zum heutigen Tage weitere 425 000 RM in Beträgen von durchschnittlich 200 RM an besonders schwer betroffene, von den Organen der Kriegsbekämpfung ausgewählte Kriegsgenossen ausgeschüttet. Insgesamt hat die Stiftung bisher rund 1,8 Millionen Reichsmark an Kriegsbekämpften, Kriegshinterbliebenen und Veteranen ausgeschüttet.

Der Verlag Philipp Reclam jr. in Leipzig beging am Montag die Feier seines 100jährigen Bestehens. Die Reichsregierung ließ durch Ministerialdirektor Schäffer Glückwünsche überbringen.

Streik im niederschlesischen Steinkohlenbergbau. Der bereits seit einiger Zeit im niederschlesischen Steinkohlenbergbau drohende Bergarbeiterstreik ist nunmehr Tatsache geworden. Die Funktionäre der am Tarif beteiligten Bergarbeiterverbände beschloßen mit großer Mehrheit, am Dienstag in den Streik zu treten. Da sich dieser Streikbeschluss auf das Ruhrgebiet und Wabenerbergbau bezieht, dürften wahrscheinlich 55 000 Bergarbeiter davon in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der internationale Angeregt für kulturelle Zusammenarbeit wurde in Prag in feierlicher Weise eröffnet. Vertreter aus 18 ausländischen Staaten nahmen teil. Der Chef der politischen Sektion des Außenministeriums, Dr. Krasin, sprach die Hoffnung aus, daß der Kongress einen weiteren Schritt zur moralischen Pazifizierung machen werde. Der deutsche Professor Dr. Friedrich Dehauer hielt einen Vortrag über den Geist der Erfindungen.

Die englische Arbeiterpartei gegen die Kommunisten. Der Parteitag der englischen Arbeiterpartei in Birmingham hat mit überwältigender Mehrheit eine vom Vollzugsrat der Partei empfohlene Entschließung angenommen, die bestimmt, daß Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen werden.

Ein Bruder Lord Greys gestorben. In Labora (Tanganika) starb am 28. September Charles Grey, der einzige überlebende Bruder Lord Greys.

Verbot des sozialistischen Arbeitertages in Wiener-Neustadt. Das Bundespolizeikommissariat in Wiener-Neustadt hat den für 7. Oktober einberufenen sozialistischen Arbeitertag verboten. Die Sozialdemokraten erklären, daß sie keinesfalls zulassen werden, daß am Sonntag nur der Heimwehtraum zulässig stattfindet, wenn ihnen auch verboten werde, geordnet und organisiert in Wiener-Neustadt zu erscheinen, würden sie sich doch in den Straßen einfinden, um den Heimwehtraum aufzumachen.

Verleihung der Königswürde an Prinz Takari. Das äthiopische Außenministerium gab bekannt, daß die Kaiserin von Äthiopien, Wäso, den Thronfolger und bevollmächtigten Agenten, Prinzen Takari Makonnen, die Königswürde verliehen habe. Die Krönung findet am 7. Oktober statt.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. Nachdem gegen die erste Bürgermeisterwahl in Neckargemünd am 6. Sept. Einspruch erhoben worden war, fand am Donnerstag ein zweiter Wahlgang statt. Dabei wurde Verwaltungsdirektor Mühlig aus Gorbach wiederum zum Bürgermeister auf neun Jahre gewählt und zwar mit 36 Stimmen des Bürgerblocks und Zentrum. Von den 6 abgegebenen Stimmen fielen 30 auf den sozialdemokratischen Kandidat. — Die Gemeinde Horrenberg (Wiesloch) erwählt als kommissarischen Bürgermeister den bisherigen Stadthalter Josef Epp IV., von Walzfeld, der vom Ministerium des Innern auf zwei Jahre eingesetzt worden ist.

Freilassung eines Teiles der Baubauischen Befestigungswerke. Seit Beginn der Erdarbeiten für den Erweiterungsbau der Oberrealschule wurden eine Reihe Funde gemacht, die interessante Rückschlüsse in die Geschichte der Stadt hehl geben. Eine große Zahl alter Kanonentügel aus der Belagerung des Jahres 1703 sowie Kollugeln und Teile sehr großer Mörser aus der Zeit der Belagerung des Erzherzogs Karl — Oktober 1796 bis Januar 1797 — wurden aufgefunden. In etwa vier Meter Tiefe wurde ein Teil der gewaltigen Mauern des östlichen Hornwerkes, das von Baubau in den Jahren 1780/84 errichtet worden war, freigelegt. Die Mauern haben eine Breite von 4,5 Metern. Weiterhin fand man bei den Erdarbeiten eine Anzahl badischer Münzen aus dem 18. Jahrhundert.

Der Verkehrsverein hehl besaßte sich in seiner letzten Ausschüttung vor allem mit Pflanzungen. Der Kehler Poststelle müssen größere Rechte eingeräumt werden. Das Bestreben geht dahin, zu erreichen, daß die Kehler Poststelle ein Tageswimm ausstellen darf, wenn Leute von Straßburg kommen und einer Ausflug in den Schwarzwald machen wollen. Gemeinsam mit den Verkehrsvereinen von Baden-Baden, Rastatt und Trieburg sollen Eingaben an das auswärtige Amt und an das Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium gerichtet werden.

Das neue Arbeitsamt in Kehl. Am 1. Oktober trat das neue Arbeitsamt Kehl als Mitglied der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ins Leben. Nach langen Verhandlungen hat sich der Vorstand der Reichsanstalt in Berlin damit einverstanden erklärt, daß Kehl auf vorerzählte bestimmte Zeit sein eigenes Arbeitsamt erhält. Der bisherige Vorsitzende des Arbeitsamtes Kehl, Bürgermeister Dr. Kraus, ist zum Vorsitzenden des neuen Arbeitsamtes bestellt worden. Somit ist Kehl das einzige Arbeitsamt in Baden, wo der Bürgermeister der bisherigen Verwaltungsgemeinde nebenamtlich zum Vorsitzenden des neuen Arbeitsamtes gewählt wurde.

Badischer Teil

Eine Abschiedsfeier für Generaldirektor Dr. Nengenheister

Generaldirektor Dr. Nengenheister, der verdienstvolle Leiter der badischen Bauernvereinsorganisationen seit 25 Jahren, hat belanlich sein Amt niedergelegt, um als Verwaltungspräsident nach Sigmaringen zu übersiedeln. Bei einer kleinen Abschiedsfeier im Bauernverein Freiburg wurden die Verdienste des Scheidenden gewürdigt und ihm eine künstlerisch ausgeführte Dankadresse überreicht. Der neue Direktor des Badischen Bauernvereins, Landesökonomierat Dr. Schwörer, hat sein Amt bereits angetreten.

Zum Wettbewerb zur Verschönerung der Bahnanlagen

Wie schon im vergangenen Jahre hat die Reichsbahn auch im Verlaufe dieses Frühjahrs wieder einen Wettbewerb unter ihrem Personal für den schönsten Pflanzens- und Blumen-schmuck auf Bahngelände veranstaltet. Die Beteiligung war gegenüber dem Vorjahre eine erheblich stärkere, ein Beweis, daß die Anregung beim Personal mehr und mehr Verständnis und freudigen Anlauf findet. Bedauerlicherweise waren die Erfolge dieses Jahr durch das nachfolte Frühjahr und den trockenen Sommer etwas beeinträchtigt. Trotzdem konnten von insgesamt 163 Bewerbern des Direktionsbezirks Karlsruhe 20 mit ersten und 45 mit zweiten Geldpreisen bedacht werden, 81 Bewerber erhielten lobende Anerkennungen. Die Preisträger verteilen sich auf das gesamte Bahngelände vom Oberrhein bis zur Schweizergrenze, finden sich aber in der überwiegenden Mehrzahl an der Hauptstrecke Mannheim-Basel; 2 Preise entfielen auch auf den Sektoreis. Bei den meisten Bewerbungen handelt es sich um Blumen-schmuck aller Art an Rosen, Pfingstrosen und Kletterpflanzen an Bahnhöfen, Plätzen, Ziersträußern und Klempnerarbeiten von Blumen, Rosen, freien Flächen, im Garten usw. Eine erfreuliche Anzahl Bewerber nahm sich auch der Verdeckung oder Verzierung unschön wirkender Flächen und Baulichkeiten zum Ziel und erreichte damit recht beachtenswerte Erfolge. Gerade in dieser Richtung kann aber noch manches zur Verschönerung des Gesamtbildes geschehen und beim nächstjährigen Wettbewerb wird derartigen Anpflanzungen besondere Beachtung zuteil werden.

Tagungen

Bezirksrat der Volksbühnenvereine. Der diesjährige Bezirksrat der Volksbühnenvereine von Baden, der Pfalz und dem Saargebiet findet am Sonntag, den 7. Oktober, in Freiburg i. Br. statt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles wird Reg.-Rat Günther, Karlsruhe, über „Volksbühne und Presse“, Generalsekretär Dr. Nestle, Berlin, über „Volksbühnen und Gewerkschaften“ sprechen. Sodann werden die satzungsgemäßen Wahlen des Bezirksvorstandes vorgenommen werden. Mittags ist ein Autoausflug in den Schwarzwald in Aussicht genommen.

Tagung der deutschen Gemeindevorstände. Vom 11. bis 14. Oktober findet in Karlsruhe die diesjährige Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Gemeindevorstände statt. Auf der Tagesordnung stehen neben den geschäftlichen Angelegenheiten eine Reihe von wissenschaftlichen und fachtechnischen Vorträgen.

Der Verbandstag badisch-pfälzischer Zimmermeister wird vom 6. bis 8. Oktober in Freiburg abgehalten. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen steht eine Kundgebung, die am Sonntag, den 7. Oktober, im Kaufhaus stattfindet und bei der u. a. Architekt E. A. Medel, Freiburg, einen Vortrag über „Das Zimmerhandwerk und die neue Zeit“ halten wird.

Betrügerischer Zeitschriftenagent

Ein gewisser Camill Haas bereitet zurzeit Mittelbaden und gibt sich für Austräger der Zeitschrift „Sonntag“ als Vertreter der Pitma Kraus in Karlsruhe aus. Von den Austrägern verlangt er Einsicht in ihre Kartei und läßt sich die Abonnenten nennen bezw. zu ihnen führen und verlangt für die zu liefernde Zeitschrift eine vierteljährliche Vorauszahlung; diese verwendet er für seine Zwecke. Das Badische Landespolizeiamt warnt vor dem Betrüger und ersucht, bei Aufsuchen die Polizei oder Gendarmerie zu verständigen.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Heilbronn, 1. Okt. Kreisverwaltungsdirktor Adolf Dürr tritt mit dem heutigen Tage auf sein Ansuchen in den Ruhestand. Mehr als 26 Jahre stand er in der Heilbronner Kreisverwaltung an leitender Stelle und kann auf eine fast über 51 Jahre erstreckende Tätigkeit im öffentlichen Leben zurückblicken.

Hd. Wertheim, 1. Okt. Am Samstagabend wurde Wertheim und äußere Umgebung von einem sehr heftigen Gewitter mit Sturm und Hagelschlag heimgesucht. In den Obstgärten und Weinbergen ist der Schaden noch gar nicht zu übersehen. Die Trauben sind nahezu gänzlich vernichtet, da der Hagel alles zu Boden schlug. Auch die bevorstehende Zweifelhagenernte ist durch das Unwetter illusorisch gemacht worden.

D3. Bruchsal, 2. Okt. Zwei allseits geachtete Männer haben hier einen reichen Tod gefunden. Einem Schlaganfall erlag der von der Erholungsreise zurückkehrende Zigarenfabrikant Rudolf Winter im Alter von 49 Jahren. — Heute vormittag verstarb an einer Lungenerkrankung der städtische Gutshofverwalter Richard Dähler im Alter von erst 50 Jahren. Seit 20 Jahren stand er im Dienst der Stadt als Verwalter des umfangreichen städtischen Besitzes und des städtischen Gutshofes.

D3. Lahr, 30. Sept. Der Senior der hiesigen Bürgerschaft und Chef der hiesigen Knochenspinnerei E. F. Maurer, Kommerzienrat Otto Maurer, feierte gestern seinen 90. Geburtstag. Der Jubilar verfügt über eine bewundernswürdige geistige und körperliche Frische, die ihm gestattet, der Leitung der weit über die Grenzen unseres badischen Landes hochangesehenen Firma vorzustehen.

D3. Freiburg i. Br., 28. Sept. Am 28. September vollendet Geheimher Oberregierungsrat Hering sein 90. Lebensjahr. Er ist geborener Danziger und hat über 32 Jahre in Elsaß-Lothringen im Dienste der Reichseisenbahn gestanden. Zuletzt war er Abteilungsleiter und Vertreter der Straßburger Generaldirektion. Seit 1919 lebt er, aus Straßburg vertrieben, in Freiburg.

W. B. Michelstadt (Oberrhein), 1. Okt. Die erst kürzlich in Betrieb genommene Kammmfabrik Künzli & Co. ist heute durch Feuer völlig vernichtet worden. Der Brand entstand durch die Explosion eines Gefäßes mit Spiritus. Mit rasender Schnelligkeit griffen die Flammen dann unter den großen Zellulosevorräten um sich, die in den Räumen lagerten. Die 40 in dem Betrieb beschäftigten Arbeiter konnten sich nur mit Mühe in Sicherheit bringen. Der 66 Jahre alte Besitzer der Fabrik, Karl Künzli, wurde später bis zur Unkenntlichkeit verbrannt unter den Trümmern der Fabrik aufgefunden.

Die neue Karlsruher Strassenpolizeiordnung

Am 1. Oktober d. J. trat in Karlsruhe eine neue Straßenpolizeiordnung in Kraft. Eine Reihe wichtiger Gründe, die auf verwaltungsrechtlichem, vor allem aber auf verkehrstechnischem Gebiete liegen, machten diese Neuordnung der Straßenpolizei dringend notwendig. Zunächst mußte berücksichtigt werden, daß die im Jahre 1926 in allen deutschen Ländern mit gleichem Wortlaut erlassenen Straßenverkehrsordnungen (bad. Verordnung vom 6. Juli 1926) und die Neufassung der Kraftfahrzeugverkehrsordnung vom 28. Juli 1926 eine große Zahl polizeilicher Vorschriften, die bisher nur in städtischen Straßenpolizeiordnungen aufgestellt waren, für die allgemeine Regelung übernommen hatten. Die entsprechenden Bestimmungen der Karlsruher Straßenpolizeiordnung wurden daher teils entbehrlich, teils mußte eine Anpassung an den Wortlaut der allgemeinen Straßenverkehrsordnungen erfolgen. Andererseits hat das neue Recht erstmals das Vorfahrtsrecht bei Straßenkreuzungen geregelt und zu diesem Zweck zwischen Hauptverkehrsstraßen und Seitenwegen unterschieden. Hierfür wurden örtliche Ausführungsbestimmungen unvermeidlich.

Vor allem aber brachten die letzten Jahre in Karlsruhe ein derartiges Anwachsen des Verkehrs — Karlsruhe hatte am 1. Juli 1926 2020 Kraftfahrzeuge, am 1. Juli 1928 4474; die Steigerung in zwei Jahren beträgt also 53,2 Prozent —, daß die bisherigen Vorschriften den gesteigerten Anforderungen nicht mehr genügen. Für einige Straßen wurden bestimmte Regelungen, durch die der Verkehr in den Hauptverkehrsstraßen in geordnete Bahnen gelenkt wird, immer unabwendbarer.

Die Neubearbeitung erfolgte im engsten Einvernehmen mit den zuständigen städtischen Behörden. Am System der im ganzen recht modernen und in vielen Bestimmungen sehr wichtigen Karlsruher Straßenpolizeiordnung brauchte nichts geändert zu werden. Andererseits konnte es auch nicht Aufgabe der Polizeiordnung sein, die verkehrsregelnden Bestimmungen größerer Städte einfach zu kopieren oder für Karlsruhe zurechtzuschneiden. Man ging vielmehr davon aus, daß der Karlsruher Verkehr nur auf den Eigenarten des Karlsruher Bebauungsplanes und aus der Gestaltung der Straßen und Plätze heraus verstanden und geregelt werden kann. Die neue Straßenpolizeiordnung beschränkt sich in weitem Umfange darauf, die von rücksichtsvollen Fahrern schon jetzt beobachtete Fahrweise allgemein vorzuschreiben oder das durch die Weisung der Verkehrspolizeibeamten schon seit längerer Zeit angebahnte Verhalten und die durch die Praxis eingeführte Übung in die Vorschrift aufzunehmen. In anderen Fällen mußten neue Vorschriften im Rahmen des verkehrspolitisch Notwendigen erlassen werden.

Aus der neuen Straßenpolizeiordnung seien im folgenden einige der wichtigsten Punkte, die als neue Bestimmungen die besondere Beachtung der gesamten Einwohnerschaft bedingen, hervorgehoben:

Der Verkehr auf den Bahnhöfen hat insofern eine Ergänzung erfahren, daß auf sämtlichen Straßen und Plätzen das Anfahren nur in der vorgeschriebenen Fahrtrichtung (rechts) gestattet ist. Die Fahrzeuge dürfen also nicht mehr die Fahrbahn zum Anfahren auf der linken Seite schräg überqueren. Besonders wichtig ist ferner die Bestimmung, daß in der Kaiserstraße zwischen Kreuz- und Lammstraße und zwischen Wald- und Douglasstraße, in der Karl-Friedrich-Straße zwischen Kaiser- und Kriegstraße, in der Karlstraße zwischen Kaiser- und Waldstraße, im Zickel, in der Schrynjensstraße, der Waldstraße und der Waldhornstraße Personenzfahrzeuge nur so lange halten dürfen, als wie zum Ein- und Aussteigen erforderlich ist. Bei dieser Vorschrift ist, wie die Straßengaben erkennen lassen, die neue Straßenpolizeiordnung nur soweit gegangen, als es im Interesse eines geordneten Verkehrs dringend notwendig war. Lastfahrzeuge dürfen in den genannten Straßenabschnitten in der Zeit von 7½ bis 9, von 11 bis 13 und 16½ bis 18½ Uhr überhaupt nicht, sonst nur zum Ein- und Ausladen anhalten.

Die Straßenpolizeiordnung schafft ferner jetzt die rechtliche Grundlage für die zum Teil schon durch Einbau von Inseln eingeführten Rund- und Richtungsfahrten. Wird in Straßen, auf Plätzen und an Straßenkreuzungen der Verkehr durch Richtungszeichen (rechts fahren, Rundfahrt, Pfeil u. dgl.) in eine bestimmte Fahrtrichtung gelenkt, so dürfen in Zukunft Fahrzeuge aller Art die Straße nur im Sinne der aufgestellten Richtungszeichen befahren. Diese Bestimmung ist vollkommen neu, da wir, wie bekannt, bis jetzt keine entsprechende Vorschrift hatten.

Plätze und Straßenkreuzungen für welche Rundfahrt angeordnet ist, dürfen nur in Rechtsrichtung umfahren werden. Diese Rundfahrt wird in Zukunft für folgende Plätze und Straßenkreuzungen angeordnet:

1. die Kreuzung der Kaiser- und Karlstraße,
2. den Rondellplatz,
3. den Kaiserplatz östlich des Mühlburger Torcs,
4. den Wendelslohnplatz vom Zeitpunkt des Umbaus an,
5. den Platz an der Kreuzung der Post- und Weinbrennerstraße.

Diese Anordnung tritt, soweit nicht schon in Übung, mit Aufstellung von Tafeln in Kraft.

Bei der Rundfahrt auf den Plätzen bzw. Kreuzungen Ziffer 1, 2, 4 und 5 ist das Überholen verboten. — Für eine Reihe weiterer verkehrswichtiger Straßen und Plätze wird Richtungsverkehr, der durch die obengenannten Zeichen kenntlich gemacht wird, eingeführt werden.

Wohl den meisten Kraftwagenfahrern dürfte bekannt sein, daß in anderen großen Städten in den Hauptstraßen Fahrzeuge nicht wenden dürfen. Karlsruhe ist mit Rücksicht auf die erhebliche Breite seiner Hauptverkehrsstraßen nicht soweit gegangen. Auf sämtlichen Straßen und Plätzen dürfen Fahrzeuge aller Art aber die Straßenseite nur dann zum Wenden wechseln, wenn mit Sicherheit angenommen werden kann, daß ein Fahrzeug nach rückwärts dabei nicht erforderlich ist und der Verkehr in keiner Weise behindert wird. Aber das Anhalten von Fahrzeugen können einige neue Vorschriften in Betracht, die ebenfalls für jeden rücksichtsvollen Fahrer selbstverständlich sind. Auf Straßenkreuzungen dürfen Fahrzeuge aller Art nicht anhalten. Beim Anhalten vor einer Straßenkreuzung muß ein Abstand von mindestens 10 Metern von der Straßenecke, gemessen am Rande des Gehweges, eingehalten werden. An Haltestellen der Straßenbahn darf auf eine Strecke von drei Straßenbahnwagenlängen rückwärts von dem Halteschild nicht gehalten werden.

Als einen gewissen Ausgleich für die erwähnte Vorschrift über das Anhalten von Personenzfahrzeugen nur zum Ein- und Aussteigen in den bestimmten Straßen darf wohl die Bestimmung über das Parken der Personenzfahrzeuge angesehen werden. Diese dürfen auf den vorgesehnen Parkplätzen auch unbeleuchtet, allerdings, worauf ausdrücklich hingewiesen sei, unter eigener Gefahr, aufgestellt werden. Sieben solcher Parkplätze nennt die neue Straßenpolizeiordnung:

1. in der Karlstraße vor der Südb. Distanzgesellschaft und Handelskammer;

2. auf dem ehemaligen Droschkenhalteplatz auf der Ostseite des Marktplatzes;
 3. zu marktfreien Zeiten an der Nordseite der Kleinflechterstraße des westlichen Teiles des Ludwigplatzes;
 4. auf der nördlichen Seite der Hebelstraße in der Aufstellungsrichtung nach Westen, vor dem Kaffee Bauer nach Süden in einer Reihe längs des Gehwegs; gegenüber dem Bezirksamt kann ein Parken nur Sonntags und an den Werktagen nachmittags erfolgen;
 5. auf der Kleinflechterstraße östlich zum Eingang des Hauptbahnhofes in Aufstellungsrichtung nach Norden;
 6. auf der nördlichen Seite der Kriegsstraße (frühere Lindenstraße), mit Zu- und Abfahrt zur Kriegsstraße;
 7. in der Hans-Thoma-Straße zwischen Wald- und Akademiestraße in je einer Reihe zu beiden Seiten der mittleren Baumallee im Sinne der Fahrtrichtung.
 Einer der wichtigsten Abschnitte der neuen Straßenpolizeiordnung ist die Festlegung von Hauptverkehrsweegen für das Vorfahrtsrecht. Wie schon betont, haben die eingangs genannten Bestimmungen zum erstmaligen Vorfahrtsrecht bei Straßenkreuzungen grundsätzlich geregelt und zu diesem Zweck zwischen Hauptverkehrsweegen und Seitenwegen unterschieden. Bis dahin hatte sich das Vorfahrtsrecht gewohnheitsmäßig demart ausgebildet, daß man das von rechts kommende Fahrzeug vorfahren ließ. Die Unterscheidung zwischen Hauptverkehrsweegen und Seitenwegen hat nun infolgedessen eine Änderung gebracht, daß der in einer Hauptverkehrsstraße Fahrende das Vorfahrtsrecht hat. Die Frage, was sind Hauptverkehrswege im Sinne der obigen Bestimmungen, wird jetzt durch die neue Straßenpolizeiordnung geklärt. Hauptverkehrswege sind in Karlsruhe:

1. der Straßenzug Durlacher Allee—Kaiserstraße—Kaiseralle—Rheinstraße gegenüber allen in ihn einmündenden Straßen;
2. alle von der Straßenbahn befahrenen Straßen; außerdem die Kriegsstraße und die Ettlingerstraße, auch soweit diese nicht von der Straßenbahn befahren werden, die Kastatter Straße in Müppurr und die Hauptstraße in Rintheim.

Wo zwei gleichwertige Straßen — Hauptverkehrswege oder Seitenstraßen — sich kreuzen, gilt nach wie vor das Vorfahrtsrecht der von rechts kommenden. Überall aber kann der den Verkehr regelnde Polizeibeamte eingreifen, wenn das Vorfahrtsrecht in einzelnen Fällen zu Unbilligkeiten führen würde.

Zwei weitere Strecken sind für den Verkehr mit Fahrzeugen neuerdings gesperrt worden, das ist die westliche Fahrbahn der Veierheimer Allee für den Durchgangsverkehr, sowie die Schlachthausstraße während der Marktzeit in dem städtischen Schlacht- und Viehhof.

Besondere Schwierigkeiten bei der Regelung des Verkehrs macht die schon oft gerügte Tatsache, daß die große Mehrheit der Fußgänger in Karlsruhe außerordentlich wenig Straßendisziplin zeigt. Es soll deshalb hier noch einmal daran erinnert werden, daß es verboten ist, ohne ausreichenden Grund auf Straßen, Plätzen oder Gehwegen in einer Weise stehen zu bleiben, die den Verkehr hindert und Vorübergehende belästigt. Neu aufgenommen ist die für jeden Großstädter beinahe selbstverständliche Bestimmung, daß das Überqueren von Fahrbahnen in verkehrsreichen Straßen nur im Zuge des Gehwegs, Kreuzen der Straßen, und unter der erforderlichen Rücksicht auf den übrigen Verkehr zu geschehen hat. In der Kaiser-, Karl- und Ettlinger Straße dürfen sogenannte Straßenvorläufer nicht benützt werden.

Bei lebhaftem Verkehr haben die Fußgänger rechts auszuweichen, daselbe gilt auch von den Kinderwagen und Krankenrollstühlen, die auf dem Gehweg fahren dürfen. Diese mußten sich bisher am Rande des Gehwegs halten. Von jetzt an haben sie ebenfalls die rechte Seite einzuhalten, auch dürfen sie nicht nebeneinander fahren. — Das Schieben von Fahrrädern auf Gehwegen, das zu einer leidigen Unsitte geworden ist, ist ebenfalls verboten.

Bis heute hat Karlsruhe Radfahrwege nur in verschwindender Zahl, und zwar in der Schwarzwaldstraße und auf der Strecke nach Ettlingen bis Klein-Müppurr. Diese Radfahrwege sollen weiter ausgebaut werden. Sie werden durch Verkehrschilder ausdrücklich bezeichnet und dürfen von Fahr-

zeugen jeder anderen Art, sowie von Kinder- und Krankenwagen (ausgenommen Selbstfahrer), Kinderleiterwagen u. dgl. nicht benützt werden.

Neu ist auch die Vorschrift, daß die durch Menschenkraft oder Zughunde fortbewegten zwei- oder vierrädrigen Karren, Handwagen oder ähnliche Gefährte, soweit sie die Gehwege nicht benützen dürfen, in der gleichen Weise zu beleuchten sind, wie dies für die übrigen Fahrzeuge vorgeschrieben ist. Personenzugfahrzeuge müssen mit zwei Laternen beleuchtet sein.

In der letzten Zeit hat im inneren Stadtbezirk der Straßenhandel in einer Weise zugenommen, die den Verkehr erheblich behindert. Daher sind die Bestimmungen für diesen engeren Stadtteil schärfer gefaßt. In dem Gebiet zwischen Mühlburger Tor, Amalienstraße, Karlsruher Tor, Herren-, Erbprinzen-, Marktgraben- und Waldhornstraße, Schloßplatz, Wald-, Hans-Thoma- und Stephanienstraße einschließlich dieser Straßen und Plätze, ist jeglicher Straßenhandel mit Ausnahme der vom Bezirksamt — Polizeidirektion — zugelassenen Straßenhandelsstellen verboten.

Ebenso bedürfen jetzt gewerbsmäßige Photographen zur Aufstellung von Apparaten für Freilicht- oder Filmaufnahmen auf Straßen und Plätzen einer Erlaubnis des Bezirksamts — Polizeidirektion —.

Zum Schluß sei noch als neu erwähnt, daß Teppiche, Betten, Matrasen und ähnliche Gegenstände nur in der Zeit von 8 bis 11 Uhr und von 15 bis 18 Uhr ausgeführt oder ausgeklappt werden dürfen.

In diesem Artikel ist, wie schon gesagt, nur das Hervorgehoben, was von neuen Vorschriften in der am 1. Oktober in Kraft getretenen Straßenpolizeiordnung enthalten ist. Diese wurde bereits im Wortlaut im Infanterieblatt veröffentlicht. Wir empfehlen sie allen Karlsruher Einwohnern und Einwohnern, vor allem auch der Jugend, dringend zur genauen Kenntnisnahme.

Aus der Landeshauptstadt

Das Karlsruher Lichtfest.

Um die gesamte Bevölkerung an der Schaufensterfestbeleuchtung und Ausschmückung zu interessieren, wird während des Lichtfestes Gelegenheit geboten sein, mittels der Stimmzettel, die von wandelnden Urnen verteilt werden, auf allen Plätzen und Straßen die einzelnen Schaufenster zu beurteilen. Diese vom Verkehrsverein aufgestellten Urnenträger werden durch ihre auffällige Ausstattung und Arrangements kenntlich sein. Die Stimmzettel können nach Eintrag der als bestgeschmückt und mit modernsten Lichtanlagen versehenen beurteilten Geschäfte alsbald wieder den wandelnden Urnen übergeben werden, worauf sie vom Verkehrsverein gesichtet und zur Feststellung des Ergebnisses offiziell geprüft werden. Die Wertschätzung dürfte die Bevölkerung veranlassen, die Auslagen in genauem Augenschein zu nehmen, so daß alle Verkaufsgeschäfte Grund genug haben, ihre Schaufenster und Auslagen nach besten Kräften für das Lichtfest zu schmücken und zu beleuchten.

Ein Prospekt zum Lichtfest wurde soeben vom Verkehrsverein Karlsruhe in einer Auflage von 50 000 Stück herausgebracht. Das von Professor Kutsche entworfene fünffarbige künstlerische Lichtfestmotiv schmückt die Titelseite des sechsseitigen Foliens, der das vollständige Programm von Samstag, den 6., bis Montag den 8. Oktober, enthält, den Beginn und die Plätze der Promenadenkonzerte, den Kraftwagenparade, den Lampenzug, die Lichttreue und die anderen zahlreichen Festveranstaltungen. Ein Anhang mit praktischen Zugverbindungen und Ergänzungszügen von und nach Karlsruhe macht den Prospekt für die Auswärtigen besonders wertvoll, so daß er als heutige Beilage zu unserer Sonderausgabe wohl geeignet ist, für das Lichtfest als letzte große Propagandaunternehmung des Verkehrsvereins zu werden.

Todesfall. Nach längerem Leiden ist Oberregierungsrat Professor Dr. Emil Arnold gestorben. Er war 1861 in Emmendingen geboren und studierte an der Technischen Hochschule Karlsruhe, wo er auch seine Lehrtätigkeit lange Jahre hindurch ausübte. Im Jahre 1908 wurde er zum Professor ernannt und 1924 ihm die Amtsbezeichnung „Oberregierungsrat“ verliehen.

Heimatliche Vorträge und Badischer Dichtertag in Karlsruhe. Wen würden die verschiedenen Themata nicht interessieren, die am Mittwochabend von 8—10 Uhr im Kleinen Konzertsaal von Professor Dr. Hehr über „Badische Mundarten“, von Professor Dr. Ochs über die „Badischen Mundarten“, und von Privatdozent Dr. Schreyer über „Die Landschaften Badens“ mit Lichtbildern gehalten werden? Das, was wir sind, unser ureigenes Wesen, unsere Mundart, Sitten und Gebräuche, die in dem langgestreckten Mutterlande so mannigfaltig-urwüchsig sind, werden aus beruflichem Munde dargelegt, gewürdigt und zur Pflege empfohlen. Der Dichter des „Peter Brunkant“, „Luliban und die Frauen“ — herrliche Werke mit hohen heimatkundlichen Werten und heimatlich-marigen Früchten, der verdienstvolle selbstbetretende Landesvorsitzende des Landesvereins, der bei den engere und weitere Heimat bekannte Schriftsteller Hermann Erich Duffe, Freiburg, liest aus eigenen Werken abends 8.30 Uhr im Bürgeraal des Rathauses. Seine Gedichte werden von musikalischen Darbietungen umrahmt sein, die von Frau Viesel-Werner-Schellhaas (Sopran) mit Philipp-Viedern und dem Meister Franz Philipp selbst, Direktor des Badischen Konservatoriums, am Klavier bestritten werden. Ein zahlreicher Besuch aller Heimatfreunde ist für diese Veranstaltung zu wünschen.

Die Koloniale Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe veranstaltet am heutigen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Eintrachtsaal einen Lichtbildvortrag über: Der Kampf um Tjingtau 1914. Als Redner ist Herr Major a. D. Nosenberg gewonnen, der über die Ereignisse in unserem ehemaligen Vorkriegsgebiet Kiautschou zu Beginn des Weltkrieges sprechen wird. Der Vortragende hat als junger Offizier des Seebataillons die verlustreichen Kämpfe der nur aus 4000 Mann bestehenden deutschen Besatzung von Tjingtau miterlebt, welche diese kleine Streitmacht gegen eine Belagerungsarmee von über 30 000 Japanern und Engländern zu bestehen hatte.

Badisches Landestheater. Am Mittwoch, den 3. Oktober, gelangten Schafspeare-Stimmigen Schauspiel „Der Londoner verlorene Sohn“, am Donnerstag, den 4. Oktober, Judmahers „Schinderhannes“, am Freitag, den 5. Oktober, Lion Feuchtwangers „Kallutta, 4. Mai“ zur Wiederholung. — Im städtischen Konzertsaal wird am Sonntag, den 7. Oktober, der diesjährige Spielplan mit dem Lustspiel „Arm wie eine Kirchenmaus“ von Ladislav Fiedler als Eröffnungsaufführung eröffnet. Der Balletabend „Nachtstücke“, der anlässlich des Lichtfestes am 6. Oktober im Landestheater vorgeführt war, muß wegen plötzlicher Erkrankung des Balletmeisters Harald Fürstenau leider ausfallen. Er hat sich einer Operation unterziehen müssen und kann daher einige Zeit nicht seinen Dienst versehen. Statt des Balletabends gelangt, bei kleinen Preisen, „Der Bettelstudent“, Operette von Millöder zur Aufführung.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluß des westeuropäischen Hochdruckgebietes hatten wir seit gestern früh größtenteils heiteres Wetter. Nur zwischen Main und Neckar traten nachmittags noch Gewitter mit Hagel auf. Über Dänemark hat sich ein kleiner Sturmwind entwickelt, der in südbölicher Richtung auf das Festland wandert und uns voraussichtlich morgen in seine Rückseite einbeziehen wird. Damit stehen wieder Niedererschläge in Aussicht, die bei aufsteigenden Winden strichweise in leichten Regenwolken auftreten werden. Weiterausblick für Mittwoch: Wechselnd wolky, strichweise Regenwolken bei aufsteigenden Nordwestwinden, etwas kühler.

Der Angriff auf den deutschen Dauerflugrekord mißglückt. W.D. San Diego, 2. Okt. (Tel.) Die Flieger Graf und Schlee haben den Versuch, den deutschen Rekord zu brechen, infolge Gasolinmangels, der durch ein Leck verurteilt worden war, aufgegeben. Sie landeten gestern Abend in Nordwellfield, nachdem sie 59 Stunden 8 Minuten in Nordwellfield gewesen waren. Die Flieger, die durch ihren Clapenflug Amerika—Europa—Tokio bekannt geworden sind, waren Sonntag morgen hier aufgestiegen, um einen Angriff auf den von den deutschen Fliegern Hiltz und Zimmermann aufgestellten Dauerflugrekord zu unternehmen.

Privat-Handelschule „Merkur“
 Dipl.-Handelslehrer Dr. K. D. 611
Karlsruhe, Karlstraße 13
 neben Moninger 5.559

Beginn neuer Tages- und Abendkurse
 4. Oktober 1928.

Sämtliche kaufm. Fächer, Buchführung und Steuer, Stenographie, Maschinenschreiben usw., Sprachen für Anfänger und Fortgeschrittene.

Spezialkurse:
 Rationalisierung der Büroarbeit.
 Man verlange unseren neuen Prospekt!
 25. SCHULJAHR.

G. BRAUN
 (vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
 G. m. b. H.
 Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14

fertigt
Drucksachen
 aller Art

für Industrie, Handel, Behörden und Private

Kurze Lieferfristen
 Mäßige Preise

Wohnmöbel
 Mercedes

Detektiv - Institut
 u. Privat-
 Auskunft

Argus „Mannheim“
 O. G. 6
 Planken 2
 Telefon 33306

A. Maier & Co., G. m. b. H.

Bekanntmachung.
 Badische Landwirtschaftskammer
 Geschäft von Mitgliedern.
 Wahlbezirk Konstanz.

Der auf der Wahlvorlagsliste Nr. 2 des Wahlgangs der Arbeitnehmer Deutscher Landarbeiterversband) gewählte Herr Anton Zoll, Bezirksleiter des Zentralverbandes der Landarbeiter in Freiburg i. Br. hat sein Amt als Mitglied der Badischen Landwirtschaftskammer niedergelegt.

An seine Stelle tritt der nächste Bewerber derselben Liste, Herr Josef Eckert, Holzhauser in Horbach bei St. Blasien.

Gemäß § 35 der Wahlordnung wird dies hiermit bekanntgegeben. R. 815

Konstanz, den 26. September 1928.

Der stellvertretende Wahlleiter:
 Paulid,
 Bürgermeister a. D. und Rechtsanwalt.

Die Stelle des
Bürgermeisters
 in Sulzburg, Amtsbezirk Staufen, ist neu zu besetzen. Bisherige Besetzung nach Gruppe VIII der alten badischen Besoldungsordnung. Bewerbungen mit Lichtbild sind bis 15. Oktober an den Gemeinderat zu richten. 927

Der Gemeinderat Sulzburg.
 J. W. Maier.

Jagdverpachtung
 Die Gemeinde Reiffenheim (Amt Rahr) verpachtet am Donnerstag, den 11. Oktober 1928, nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathaus die Gemeindejagd Distrikt I und III (bisheriger Distrikt I Rheinjagd) auf weitere 6 bis 9 Jahre. Beide Lose werden zunächst zusammen ausbezogen. R. 915

Als Bieter wird nur zugelassen, wer sich im Besitze eines Jagdpasses befindet, oder durch ein Zeugnis der zuständigen Behörde nachweisen kann, daß gegen die Erteilung eines Jagdpasses keine Bedenken bestehen.

Die Entwürfe der Pachtpträge liegen bis zur Verteilung auf dem Rathaus zur Einsicht der Interessenten offen.

Weiffenheim, 24. Sept. 28.
 Gemeinderat:
 Fischer.

Wasserleitungsarbeiten

Wir vergeben namens der Gemeinde Langenbrücken bei Bruchsal öffentlich die Arbeiten zur Ausführung ihrer Wasserleitung bestehend in Riefen und Verlegen von Rohrleitungen 80—150 mm Durchmesser 5300 m, 40 mm weite Hausleitungen 2500 m, einschließlich Armaturen u. Formstücke sowie Ausführung der Grabarbeiten u. der Straßenviederherstellungen. R. 794

Angebote, wofür Vordrucke gegen eine Gebühr von 1,50 M von dem Kulturbauamt Heidelberg, Reichstraße 6 von Freitag, den 28. v. M. ab zu beziehen sind, wollen bis zum Öffnungstermin, **Mittwoch, den 10. Oktober 1928, vormittags 9.30 Uhr**, auf dem Rathaus Langenbrücken eingereicht werden.

Pläne und Bedingungen liegen inzwischen auf dem **Bad. Kulturbauamt Heidelberg**.

Ettlingen. R. 821
 Güterrechtsregisteramt Band I Seite 332: Gänle, Wendelin, Kaiser, u. Karoline geb. Weiser in Ettlingen. Vertrag vom 6. September 1928: An Stelle der bisherigen Gütertrennung ist die allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart unter Ausschließung der fortgesetzten Gütergemeinschaft. Ettlingen, den 28. September 1928. Amtsgericht.

Karlsruhe. R. 819
 Güterrechtsregisteramt: 1. Band I Seite 130: Schumann, Walter, Steuer-

obersekretär, Karlsruhe, und Anna geb. Eisinger. Vertrag vom 13. September 1928. Ertragsgemeinschaft mit Vorbehalt der Ehefrau. 17. 9. 1928.

2. Seite 131: **Wöckhler**, Karl, Reichsbahnstationen, Karlsruhe, und Vera geb. Bell. Vertrag vom 17. September 1928. Gütertrennung. 24. 9. 1928.

3. Seite 132: **Hörle**, Heinrich Johann, Kaufmann, Karlsruhe, und Anna Mathilde geb. Seeger. Vertrag vom 24. September 1928. Gütertrennung. 29. 9. 1928.

Amtsgericht Karlsruhe.

Weinheim. R. 814
 In das Vereinsregister wurde eingetragen:
 D.-Z. 48: **Weinheimer Automobil-Club** in Weinheim. 24. 9. 1928.
 D.-Z. 49: **Radfahrerverein Germania 1900 Heddesheim** in Heddesheim. 24. 9. 1928.
 D.-Z. 50: **Friedrichshagen-Gesellschaft Weinheim** in Weinheim. 27. 9. 1928.

Amtsgericht I.

Karlsruhe. R. 820
 Vereinsregisteramt: 1. Kreisortverein Germania 1914 Heddesheim in Heddesheim. 25. 9. 1928.
 2. **Berein badischer Reichsbahn-Rantinen-Gesellschaften** in Karlsruhe. 25. 9. 1928.

Amtsgericht Karlsruhe.

Badisches Landestheater
 Mittwoch, 3. Oktober
 G 3

Der Londoner verlorene Sohn
 Schauspiel von Schafspeare

Mitwirkende:
 Bertram, Quaiser, Müller, Ziegler, Vortfeld, Brand, Gemmede, Graf, Herz, Göder, Just, Kienker, Müller, Prüter, Schneider, v. d. Trend

Anfang 19 1/2 Ende n. 22 1/4
 Preise A (0,70—5,00)

Donnerstag, 4. Oktober,
 Schinderhannes, Fr. v. Okt.,
 Kallutta, 4. Mai.

Im Konzertsaal:
 Arm wie eine Kirchenmaus,
 Ro. S. Okt., Schinderhannes.

In der Festhalle:
 1. **Wolfsjungenkonzert**,
 Di., 9. Okt., Der Barbier v. Bagdad.

COLOSSEUM
 täglich abends 8 Uhr
 Sonntags 4 u. 8 Uhr
 die feinsten neue Berliner

Revue
 „FürEvergeld“
 Der Schläger der Saison!

Leser Bücher
 Wissen ist Macht!